

Curd Conrad
Freier Publizist

PF 125

30001 Hannover

email: info@dap-blog.de

Curd Conrad - PF 125 - 30001 Hannover

Herrn

Bundespräsident Horst Köhler
Bundespräsidialamt

11010 Berlin

Hannover, den 24.11.2008

Der professionelle Naturschutz in Deutschland darf gerade jetzt nicht unter die Räder kommen!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

ich wende mich an Sie, weil ich Ihre ethische und moralische Kompetenz und Ihr Engagement für Afrika schätze. Ich bin als „freier Publizist“ tätig und möchte Sie als normaler Bundesbürger auf eine schleichende politische Weichenstellung in der Überzeugung hinweisen, dass nur ein eher konservativ ausgerichteter Politiker ein Umdenken bzw. eine diesbezügliche Diskussion einleiten kann.

In Verkennung oder Missachtung der natürlichen Zusammenhänge und ökologischen Gesetzmäßigkeiten scheinen zu viele Umweltpolitiker bzw. der politisch hierzu eingesetzten Verantwortlichen in der Bundesrepublik den Klimaschutz vorwiegend als Konjunkturprogramm für neue Technologien zu begreifen. Aufrichtigerweise könnten sich die meisten Umweltministerien der Länder in Umwelttechnologieressorts umbenennen und den Wirtschaftsministerien zuordnen.

Stand der Erkenntnis ist aber, dass die Herausforderungen der Zukunft an die Menschheit niemals allein durch CO₂-neutrale Produkte gelöst werden können.

Tatsache ist auch, dass in der Bundesrepublik seit Jahren auf allen Verwaltungsebenen der Biologische Umweltschutz, sprich der Naturschutz und die Landschaftsplanung, abgebaut bzw. bis auf einzelne, medienwirksame Großprojekte zunehmend blockiert und boykottiert werden.

Ausdruck dafür ist z.B. die bis heute insgesamt traurige Geschichte der Umsetzung der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Das zukunftsweisende europäische Verbundkonzept NATURA 2000 wurde beim Bund und insbesondere in den Ländern unzureichend und zäh durchgeführt und darbt bis heute in Deutschland, da es kaum ernsthafte Inhalte oder gar Wirkungen aufweist.

Auch die wiederholte Ignoranz der politischen Verantwortlichen gegenüber den klimapolitischen Vorschlägen der Umweltverbände, wie z.B. die Renaturierung der Auen- und Mooregebiete und der massiven Förderung der Ökologischen Landwirtschaft spricht Bände.

Die Ausdehnung und Entwicklung ungenutzter Wälder, als hoffnungsvoller Gegenpart der Klimabelastungen, wird nicht ernsthaft in Erwägung gezogen oder als sinnvolle Investition begriffen. Urwaldschutz und – entwicklung wird als Verantwortung Indonesiens, Brasiliens oder des Kongo delegiert und mit 500 Mio. Euro von der Bundesregierung unterstützt, weil das wohl relativ einfach ist. Ein 3 %-iger Naturwaldanteil an der Waldfläche der Bundesrepublik spricht eine eindeutige Sprache.

Ausdruck für eine eingeebnete Fehlstellung der Politik ist auch die Tatsache, dass nahezu alle Länder die Naturschutzverwaltungen bis an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit reduziert haben. So setzte z.B. das Flächenland Niedersachsen nach eigenen Angaben 2007 / 2008 ganze 16 Mio. Euro für den staatlichen Naturschutz ein, wobei hier EU-Gelder bereits eingerechnet sein sollen. Für diesen Betrag lassen sich 2 km Bundesautobahn realisieren!

Die biologischen Landesämter werden in fast allen Ländern zerschlagen, mit Neuordnung und Versetzungen dürfen sich die Fachleute in den Behörden mit sich selbst beschäftigen. In jüngster Zeit dürfen in Niedersachsen keine Referendare der Landespflege mehr ausgebildet werden. Ähnliche Szenarien spielen sich z.B. in Hessen ab, auch aus Baden-Württemberg meldet sich das Umweltministerium mit weiteren Sparansagen im behördlichen Naturschutz zu Wort. Die Situation der Unteren Naturschutzbehörden bei den Landkreisen müssen seit ehemals, aber auch zunehmend als prekär eingestuft werden. Es lassen sich viele weitere Beispiele dieser Tendenz aus fast allen Ländern aufzeigen. Fast überall wird eine wirksame Arbeit des Biologischen Umweltschutzes nachhaltig zerstört. Die Entwicklung der Roten Listen bedrohter Biotope, Tier- und Pflanzenarten zeigen dies, im Übrigen seit vielen Jahren.

So werden schleichend Weichen für die Zukunft gestellt, gegen einen wirksamen Flächen- und Lebensraumschutz!

Ein Klimaschutz-Programm, welches einseitig auf Umwelttechnologie setzt, verkennt m.E., dass flächenhaft wirkende Nutzungen/Industrien, namentlich die Forst-, die Land- und die Torfwirtschaft in den Industrieländern maßgeblichen Einfluss auf den Naturhaushalt und damit auf das Klima hat und einen nicht ignorierbaren Anteil an den menschlich verursachten Klimaveränderungen aufweisen.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen, die um die Bewältigung der aktuellen Finanzkrise geführt werden, wird der Artikel 14 des Grundgesetzes „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ angeführt bzw. auf dessen Missachtung im Bankensektor hingewiesen.

Im Hinblick auf den politischen Umgang mit den naturschutzfachlichen Notwendigkeiten muss auf eine ebensolche, ideologisch anmutende Missachtung hingewiesen werden.

So werden jegliche Instrumente des professionellen Naturschutzes und der Landschaftsplanung mit dem Ziel des nahezu uneingeschränkten Eigentumsschutzes faktisch außer Kraft gesetzt, gerne unter Zuhilfenahme allzu lapidar oder rein taktisch benutzter Schlagworte wie „Subsidiarität“, „Bürokratieabbau“ und „Beschleunigung“. Naturschutz-Fördergelder der EU werden mit Verweis auf eigene Haushaltsdefizite unzureichend oder gar nicht abgerufen. Eine politische „Totschlag-Taktik“, die an die bis vor kurzem „moderne“ Marktgläubigkeit bestimmter politischer Kreise erinnert. Hier wird m.E. auf allen Ebenen vorwiegend eine Lobbypolitik betrieben, die die Auswirkungen auf den Naturhaushalt und damit auf die Volkswirtschaft ignoriert und zu Gunsten einer Stammtischstimmung opfert.

Ohne nennenswerte Beiträge der Landeigner werden sich aber die Anforderungen an die Gesellschaft zu einer klimaverträglichen Landnutzung nicht realisieren lassen! Dabei setzt der professionelle Naturschutz in der Bundesrepublik schon immer auf Partizipation und Freiwilligkeit und eben nicht auf Enteignung. Oftmals zum nachhaltigen Nutzen der Eigner.

Die Finanzkrise hat auch gezeigt, wie relativ „Zeiten knapper Kassen“ sein können. Konzernbilanzen auch für Gebietskörperschaften, wie sie der Stadtstaat Hamburg neuerdings aufstellt, sind begrüßenswert, da sie im Gegensatz zu jährlichen Haushaltsplänen auch die vom Volk geschaffenen Werte und die natürlichen Ressourcen in die Bilanz einbezieht. Dabei sollte auch klar werden, dass Deutschland eben nicht nur über die eine z.Z. vielzitierte Ressource „Bildung“ verfügt. Noch ist Deutschland reich an einer vielfältigen Landschaftsstruktur, an wildwachsenden Pflanzen und –lebenden Tieren, die es zu erhalten und zu entwickeln gilt, da sie unverzichtbar für die Bewältigung der Probleme in Zeiten des Klimawandels und der damit verbundenen tendenziellen Süßwasserverknappung sind.

Niemand mit Verantwortung kann es wollen, den zukünftigen Generationen übermäßige Schulden zu hinterlassen. Aber ein schuldenfreies Konto in einer biologisch verarmten Welt, kann ebenfalls keiner wollen und wäre als Strategie zum Scheitern verurteilt. Um diese Aufgabe zu meistern, reicht das verbale, in Anbetracht der skizzierten Situation heuchlerische Bekenntnis zur „Bewahrung der Schöpfung und der Heimat“, der jährlichen Zelebrierung eines „Naturschutztages“ im Schloss Bellevue und vor allem eine „Flucht-nach-vorn-Politik“ nicht aus, die nur bei nicht mehr vertuschbaren Katastrophen in der Lage zu sein scheint, konzentriert umzudenken und umzusteuern. Naturschutz aber darf nicht allein ehrenamtlichen Bürgern übertragen werden, der Staat darf sich nicht nur auf einzelne "Leuchtturmprojekte" zurückziehen.

Ich appelliere daher an die politische Klasse, insbesondere in den Ländern und auf der kommunalen Ebene den Biologischen Umweltschutz unter Berücksichtigung des Artikels 14 des Grundgesetzes endlich ernsthaft und angemessen mit dem Technischen Umweltschutz in ihre Überlegungen zum Klimaschutz einzubeziehen und den behördlichen Naturschutz und die flächendeckende Landschaftsplanung zu stärken und nicht weiter abzubauen.

Ich weiß natürlich, dass Sie einen nur indirekten Einfluss auf die Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden ausüben können und hoffe dennoch auf Ihre geschätzte Unterstützung. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen guten Jahresausklang.

Mit freundlichen Grüßen



Curd Conrad
(Freier Publizist)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

als nachfolgender Unterzeichner unterstütze ich das Anliegen des Schreibens und wünsche mir eine verstärkte Einbeziehung des Biologischen Umweltschutzes in den Klimaschutz und eine Stärkung des professionellen Naturschutzes und der Landschaftsplanung zum Wohle der Bundesrepublik Deutschland und der nachfolgenden Generationen.

Mit freundlichen Grüßen